

**Geschäftsführung  
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 21.02.2017

**Auszug  
aus dem Entwurf der Niederschrift der 22. Sitzung des  
Stadtentwicklungsausschusses vom 09.02.2017****öffentlich****6.1 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten  
2181/2016**

Vorsitzender Kienitz macht auf den vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion aufmerksam.

RM Frenzel begründet den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und wirbt um Zustimmung.

RM Sterck bittet darum, die Vorlage und den Änderungsantrag heute ohne Votum in den Rat zu verweisen, weil seine Fraktion zu dieser Thematik noch Beratungsbedarf habe.

RM Jahn fragt mit Blick auf den Änderungsantrag an, inwiefern die Verwaltung nachhalten, bzw. sicherstellen könne, dass Wohnungen zukünftig nicht mehr für Airbnb zur Verfügung gestellt werden. Auch bittet sie um Darstellung der Kosten und des Personalaufwandes, welche bei Umsetzung des Beschlusses erforderlich würden.

Herr Kube (Amt für Wohnungswesen) antwortet, dass je nach Intensität der systematischen Suche und der Überwachung weitere Stellen eingerichtet werden müssten ohne sie bereits jetzt quantifizieren zu können. Auch könnten seines Wissens keine Vergleichswerte aus anderen Städten herangezogen werden. Derzeit befassen sich in Köln vier Mitarbeiter/innen mit dem Instrument der Wohnraumschutzsatzung.

RM De Bellis-Olinger schlägt vor, die Vorlage zu vertagen. Bis dahin möge die Verwaltung den zusätzlichen Personalaufwand in Geldwerten beziffern. Ferner möge der Prüfauftrag erweitert werden um das Thema der zeitweisen Vermietung von Wohnungen an Monteure.

RM Frenzel macht noch einmal ausführlich die Zielsetzung des Änderungsantrages deutlich.

SE Wellmann schlägt vor, in Zusammenarbeit mit Airbnb Steuern auf Ferienwohnungen zu fordern. Dies würde erheblichen Druck auf die Vermieter ausüben.

SE Buchholz gibt in Bezug auf die Vermietung von Monteurs Wohnungen zu bedenken, dass insbesondere ältere Menschen die Bestimmungen der Wohnraumschutzsatzung nicht kennen. Hier möge ggf. mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Kienitz einigt sich der Stadtentwicklungsausschuss darauf, die Vorlage und den Änderungsantrag der SPD in die nächste Sitzung zu vertagen.